

Niederschrift

über die 27. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 08.05.2013
(9. Wahlperiode)

Tagesordnung

Seite

Öffentliche Sitzung	5
1 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 26.02.2013 zur Einführung einer Baumschutzsatzung in Meerbusch, Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2013 zur Erstellung einer Baumschutzsatzung Vorlage: SB11/544/2013	5
2 Anpassung der Fuhrpark-Konzeption: a) an das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG-NRW), b) an die Vorschläge der Europäischen Kommission zu den neuen Abgasnormen für PKW Vorlage: SB11/539/2013	7
3 Baumbilanz 2012/2013 Vorlage: SB11/180/2013	8
4 Entwurfsplanung - Umbau der Raphaelschule zur Kita und für die Ganztagsbetreuung Vorlage: SIM/530/2013	8
5 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2012 Vorlage: FB1/176/2013	9
6 Umsetzung der 2. Änderung der Trinkwasserverordnung 2001 hier: Auswirkungen auf Überwachung, Sanierung und Betrieb der Trinkwasseranlagen in den städtischen Liegenschaften. Vorlage: FB1/177/2013	9
7 Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Meerbusch a) Vorstellung der Klimaschutzmanagerin b) Planung der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen - Bericht der Verwaltung -	10
8 Umplanung Dorfstraße - Bericht der Verwaltung -	11
9 Anträge	12
10 Anfragen	12
10.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.03.2013 bez. Gefährdungspotential von Aluminium	12
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	12
12 Termin der nächsten Sitzung: 05. Juni 2013	12

13	Verschiedenes	12
13.1	Austrocknen des Latumer Bruchs.....	12
13.2	Wirtschaftswegebaukommission	13
13.3	Einsatz der Bankettfräse	13
13.4	Pflege der Bürgerwäldchen	14
13.5	Durchführung des Saubertages	14

Sitzungsort: Bürgerhaus, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch, Raum 103 im 1. OG

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
 Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Heinz Berend Jansen
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Dr. Felix Niederding
Herr Dr. Eberhard Hemmen	Ratsmitglied	
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Herr M.A. Mike Kunze	Ratsmitglied	
Herr Daniel Meffert	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Dr. Bernd Schumacher-Adams
Frau Katja Giesen	Ratsmitglied	
Herr Christian Welsch	Sachkundiger Bürger	

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Grund	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied	
Herr Joris Mocka	Sachkundiger Bürger	Vertretung für Herrn Christof Behlen

von der UWG-Fraktion

Herr Andreas Brauer	Sachkundiger Bürger	anwesend ab 17.55 Uhr, TOP 2
Frau Helga Fingerhut	Sachkundige Bürgerin	Vertretung für Herrn Andreas Brauer in der Zeit von 17.00 Uhr bis 17.55 Uhr, TOP 1

Stellv. beratendes Mitglied / Zentrum

Herr Christoph Hauke beratendes Mitglied Zentrum

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1
Herr Michael Betsch	Bereichsleiter Servicebereich 11
Herr Ekkehard Deußen	Fachbereich 5
Frau Dana Frey	Fachbereich 1
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immobilien
Herr Michael Reschke	SB 11

Frau Johanna Smaczny
Herr Wolfgang Trapp
Herr Matthias Unzeitig

Fachbereich 1
Bereichsleiter Fachbereich 5
Fachbereich 5

Schriftführerin

Frau Gabriele Parschau

Fachbereich 5

Gäste

Petenten zu TOP 1

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Heinz Berend Jansen
Herr Dr. Felix Nieberding

Sachkundiger Bürger
Sachkundiger Bürger

von der FDP-Fraktion

Herr Dr. Bernd Schumacher-Adams

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Christof Behlen

Sachkundiger Bürger

Beratendes Mitglied / Zentrum

Herr Carl Shroeter

beratendes Mitglied Zentrum

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Ratsherr Gabernig als Vorsitzender fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde.

Es bittet um Wortmeldung, falls Änderungswünsche zur Tagesordnung bestehen. Es werden keine Änderungswünsche vorgetragen.

Öffentliche Sitzung

- 1 Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 26.02.2013 zur Einführung einer Baumschutzsatzung in Meerbusch,
Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2013 zur Erstellung einer Baumschutzsatzung
Vorlage: SB11/544/2013**

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Entscheidung über die Bürgeranregung gem. § 24 GO NRW vom 26.02.2013 und über den Antrag der UWG-Fraktion vom 12.02.2013 zur Einführung einer Baumschutzsatzung zu vertagen.

Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, welche Erfahrungen andere Kommunen mit den Vor- und Nachteilen von bestehenden Baumschutzsatzungen gemacht haben. Ebenfalls soll die Möglichkeit der Anzeigepflicht über gefällte Bäume mit der Verpflichtung einer Ersatzpflanzung auf dem privaten Grundstück oder bei zu kleiner Fläche ein Ausgleich auf städtischen Flächen geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			7
FDP	4		
SPD	3		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Gesamt:	10	0	7

Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage mit den angekündigten Angaben zu benachbarten Kommunen.

Anschließend erteilt der Vorsitzende Herrn Breer als Sprecher des BUND das Wort. Herr Breer erläutert die Bürgeranregung und bezieht sich auf die in der Beschlussvorlage genannten Merkmale Unverhältnismäßigkeit und Kosten. Der Aspekt des Baumschutzes fehle in vielen Bebauungsplänen der Stadt. Baumschutz könne durch die Leitpläne und eine Baumschutzsatzung erreicht werden. Aufgrund der Ergebnisse der Gartenamtsleiterkonferenz 2011 wäre eine Baumschutzsatzung bei einer Stadt wie Meerbusch mit ca. 55.000 Einwohnern mit nur einer halben Arbeitskraft umsetzbar. Der BUND bittet die Verwaltung zu handeln.

Im Namen der SPD-Fraktion spricht sich Ratsherr Grund für die Erstellung einer Baumschutzsatzung aus, da diese in den meisten Nachbarstädten angewandt wird.

Ratsherr Damblon gibt für die CDU-Fraktion zu bedenken, dass diese Satzung nicht zielführend ist und sich die Situation insgesamt nicht verbessern würde. So werden in Krefeld fast 90 % aller An-

träge auf Fällung genehmigt. Bei einer fiktiven Zahl von 200 Anträgen in Meerbusch würden danach ca. 10 bis 20 Bäume gerettet. Zudem bestehe die Gefahr, dass bei Bestehen der Satzung viele Grundstückseigentümer Bäume vor Erreichen des Stammumfanges von 80 cm fällen, um einen späteren Antrag zu vermeiden. Auch können die Zahlen z. B. einer Großstadt wie Düsseldorf nicht mit Meerbusch verglichen werden. Als sinnvoller wird entsprechende Öffentlichkeitsarbeit erachtet.

Ratsfrau Niegeloh verweist auf das Prädikat – Meerbusch, die Stadt im Grünen -, das zu erhalten ist. Wichtig sei, dass auf Privatflächen Bäume erhalten und nachgepflanzt werden. Die SPD-Fraktion befürwortet die Einführung einer Baumschutzsatzung.

Sachkundiger Bürger Welsch sieht bei einer Baumschutzsatzung eine Bevormundung sowie einen Eingriff in das Eigentum. Für die FDP-Fraktion lehnt er die Satzung ab, jedoch sollte im Sinne des Klimaschutzes über eine Anzeigepflicht nachgedacht werden.

Ratsherr Fliege erwartet von der Verwaltung Angaben anderer Kommunen über die Vor- und Nachteile von bestehenden Baumschutzsatzungen.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard führt an, dass die Stadt Ratingen ihre Satzung vor allem vor dem Hintergrund des personellen Aufwandes und der verwaltungsgerichtlichen Belastbarkeit wieder aufgehoben hat.

Laut Herrn Betsch werden die Anträge in anderen Kommunen aufgrund der langen Bestandsdauer der Satzungen als Routineverfahren bearbeitet, für die auch entsprechendes Personal zur Verfügung steht. Er weist darauf hin, dass sich immer wieder auch gerichtliche Verfahren ergeben können. Es ist unbestritten, dass es Argumente für und gegen eine Baumschutzsatzung gibt. Hier muss die jeweilige Kommune im Rahmen einer Abwägung entscheiden, ob eine Baumschutzsatzung erlassen werden soll. So hat sich z. B. die Stadt Münster im Jahr 2012 gegen eine Satzung entschieden. Im Vorfeld hat ein öffentliches Hearing mit unterschiedlichen Interessenvertretern stattgefunden, bei dem sich nicht zuletzt die Umweltverbände gegen die Einführung einer Baumschutzsatzung ausgesprochen haben.

Sachkundige Bürgerin Fingerhut sieht in Bäumen wichtige Pflanzen, die Sauerstoff produzieren. Da auch Naturdenkmäler dazu zählen, bittet sie die Verwaltung um Aufstellung, wie viele und an welchen Standorten in Meerbusch Naturdenkmäler vorhanden sind.

Ratsherr Kunze erinnert daran, dass der Rhein-Kreis Neuss vor ca. 20 bis 30 Jahren der waldärmste Kreis in Nordrhein-Westfalen war. Die Waldbilanz habe sich jedoch in Meerbusch in den letzten Jahren sehr verbessert. Wegen der heute eher kleineren Baugrundstücke geht das private Grün zurück.

Sachkundiger Bürger Mocka beantragt, die Entscheidung zu vertagen. Er hält die Kenntnis über die Erfahrungen anderer Kommunen mit Pro und Contra für erforderlich, bevor eine Entscheidung in Meerbusch getroffen wird. Wichtig wäre zu wissen, wie viele Fällungen dort vorgenommen wurden. Auch sollte das Thema insgesamt noch mal in den Fraktionen besprochen werden.

Technischer Beigeordneter Dr. Gérard sieht in einem Gutachten eine mögliche Hilfestellung für die politische Entscheidungsfindung.

Ratsfrau Niegeloh hinterfragt, ob ohne eine Baumschutzsatzung in anderer Form von den Grundstückseigentümern ein bestimmtes Verhalten gefordert werden kann. Dies ist laut Herrn Betsch ohne eine rechtliche Grundlage nicht möglich.

Sachkundiger Bürger Welsch konkretisiert seinen Vorschlag dahin gehend, dass neben der Anzeigepflicht über gefälltete Bäume eine Verpflichtung der Ersatzpflanzung auf dem privaten Grundstück oder bei zu kleiner Fläche ein Ausgleich auf städtischen Flächen bestimmt werden könnte.

Sachkundiger Bürger Banse regt an, über die Verringerung des Stammdurchmessers auf 40 cm nachzudenken, um die Fällungen kurz vor der 80 cm – Grenze zu vermeiden.

Beratendes Mitglied Hauke schlägt eine Satzung probeweise mit begrenzter Laufzeit vor.

Nach weiterer Diskussion wird der Beschluss gefasst.

Anmerkung der Schriftführerin: Als Anlage sind die Tischvorlage –Angaben benachbarter Städte- sowie eine Aufstellung über Naturdenkmäler –FAX des Rhein-Kreis Neuss vom 15.05.2013- beige-fügt.

- 2 Anpassung der Fuhrpark-Konzeption: a) an das Gesetz über die Sicherung von Tariftreue und Sozialstandards sowie fairen Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen - TVgG-NRW), b) an die Vorschläge der Europäischen Kommission zu den neuen Abgasnormen für PKW**
Vorlage: SB11/539/2013

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss, die Anpassung der Fuhrpark-Konzeption vom 21.02.2008 an die geänderten Anforderungen des TVgG-NRW und der Europäischen Kommission zu beschließen.

Danach sind die „derzeit eingesetzten Benzin- oder Dieselfahrzeuge durch Erdgas betriebene Fahrzeuge zu ersetzen“. Diese Vorgabe wird ersetzt durch folgende Anforderung: „Bei einer zukünftigen Beschaffung von Fahrzeugen ist die Energieeffizienz und das Lebenszyklusprinzip zu berücksichtigen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt die Verwaltung zu beauftragen, einen Erfahrungsbericht über das Fahrzeugkonzept zu erstellen und in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses darüber zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Herr Betsch erläutert die Beschlussvorlage und hält auf Fragen der Ausschussmitglieder fest, dass die bisherige Festlegung auf Gasantrieb alleine nicht mehr zulässig sei. Vielmehr ist das angebotene Antriebskonzept zu werten. Maßgeblich sind jetzt unterschiedliche Kriterien wie Energieverbrauch, CO₂ – Ausstoß, Kosten usw. Die Art des Antriebes wie Diesel, Benzin, Gas oder Elektroantrieb bleibt offen.

Auf die Frage von Sachkundigem Bürger Banse zu den finanziellen Auswirkungen kann Herr Betsch noch keine belastbaren Zahlen nennen. Es ist festzuhalten, dass die Anschaffung von kleineren PKW-Klassen günstiger sein wird als die damalige Anschaffung der Combos mit Gasantrieb. Darüber hinaus werden sich die Verbrauchskosten reduzieren.

Ratsherr Jürgens erinnert daran, dass über das vor Jahren beschlossene Fahrzeugkonzept berichtet werden sollte und beantragt, die Verwaltung mit der Erstellung eines Erfahrungsberichtes zu beauftragen. In einer der nächsten Sitzungen soll dieser vorgestellt werden. Hierüber wird ein Beschluss gefasst.

3 Baumbilanz 2012/2013 Vorlage: SB11/180/2013

Herr Betsch erläutert die Informationsvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. So ist die Verwaltung bemüht, immer gleichwertig nachzupflanzen, z. B. bei großkronigen Bäumen. Die Art der Nachpflanzung ist jedoch immer abhängig von den jeweiligen Standortbedingungen. Bei den Nachpflanzungen steht der Lebenszyklus im Vordergrund.

Ratsherr Grund regt an, einen Baum des Jahres, z. B. im Sinne der Städtepartnerschaft die japanische Kirsche, vorzustellen. Herr Betsch bestätigt diese Idee als evtl. Öffentlichkeitsarbeit. Bei der Kirschart wäre jedoch auf eine resistente Art zu achten.

Ratsfrau Giesen bittet, die Aufstellungen über die Baumfällungen (Anlage zur Informationsvorlage) zukünftig um die Spalte „Grund der Fällung“ zu ergänzen. Die Verwaltung sagt dies zu.

4 Entwurfsplanung - Umbau der Raphaelschule zur Kita und für die Ganztagsbetreuung Vorlage: SIM/530/2013

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss der vorgestellten Entwurfsplanung für den Umbau der Raphaelschule zur 5-gruppigen Kindertagesstätte, für die Großtagespflege und für die Ganztagsbetreuung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Herr Klein erläutert ausführlich die Entwurfsplanung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Sachkundiger Bürger Welsch bittet um Angabe, ob evtl. auftretende Kostenrisiken berücksichtigt worden sind. Herr Klein trägt vor, dass soweit wie möglich alle Voruntersuchungen erfolgten. Ein Restrisiko kann nicht ausgeschlossen werden. In der jetzigen Planungsphase wurde festgestellt, dass aufgrund der beabsichtigten Umwandlung eines Schulgebäudes in eine Kita erhebliche Brandschutzforderungen berücksichtigt und umgesetzt werden müssen (Einbau zusätzlicher Flurtüren, Brandmeldeanlage etc.). Ferner fallen die zu tätigenenden Elektroinstallationen deutlich umfangreicher aus, als zunächst in der Vorplanung angedacht. Es ist auch festzustellen, dass zurzeit bei Submissionen im

Hochbau Kostensteigerungen eintreten, die offensichtlich darauf beruhen, dass nun alle Städte Engpässe im Kindergartenausbauprogramm unter engen Terminvorgaben umsetzen müssen. Vor Baubeginn erfolge jedoch eine Überprüfung der Kostensituation unter Berücksichtigung der bis dahin eingeholten Ausschreibungsergebnisse.

Auf die Frage von Ratsherrn Jürgens nach der Einzäunung des Geländes verweist Herr Klein auf Vorgaben des Landschaftsverbandes. Das Gelände ist mit einer Höhe von 1,5 m einzugrenzen.

5 Abfallaufkommen in der Stadt Meerbusch im Jahr 2012 **Vorlage: FB1/176/2013**

Herr Bechert erläutert die Informationsvorlage und zieht eine positive Bilanz. Meerbusch liegt beim Abfallaufkommen unterdurchschnittlich und die Abfallgebühren sind im NRW-Vergleich sehr günstig.

Ratsherr Grund bittet um Angaben zur Altpapierentsorgung. Herr Bechert erklärt, dass die Stadt Meerbusch ab 2012 Erlöse aus dem Verkauf des Altpapiers, das in den Papiercontainern gesammelt wird (öffentliche Sammlung) vom Rhein-Kreis Neuss erhält. Der Erlös des in den blauen Tonnen gesammelten Papiers (gewerbliche Sammlung) verbleibt weiterhin beim Entsorger. Die Anzahl der blauen Tonnen ist seit Jahren stabil geblieben. Die Ausstellung und Leerung der blauen Tonnen ist für die Bürger zurzeit kostenlos. Sollte die Stadt die blauen Tonnen übernehmen, wird diese Leistung nicht kostenlos durch den Entsorger angeboten. Bis zur nächsten Abfallausschreibung soll das bisherige System aus wirtschaftlichen Gründen in Meerbusch in der jetzigen Form bestehen bleiben.

Die Frage von Ratsfrau Niegeloh, ob es Anfragen für kleinere Tonnen gibt, beantwortet Frau Frey mit negativ.

6 Umsetzung der 2. Änderung der Trinkwasserverordnung 2001 hier: Auswirkungen auf Überwachung, Sanierung und Betrieb der Trinkwasseranlagen in den städtischen Liegenschaften. **Vorlage: FB1/177/2013**

Frau Frey gibt einen kurzen Rückblick und nimmt Bezug auf die in der Informationsvorlage dargestellten Änderungen.

Sachkundiger Bürger Welsch kennt die Empfehlung, nach dem Urlaub zunächst aus den Wasserentnahmestellen das Wasser laufen zu lassen. Frau Frey erklärt dazu und zu seinen weiteren Fragen, dass die Hausmeister in den städtischen Gebäuden das Wasser z. B. nach den Schulferien vorsorglich laufen lassen. Grundsätzlich ist der Eigentümer bzw. Vermieter verpflichtet, legionellenfreies Wasser zur Verfügung zu stellen. Die Kosten, die auf die Stadt zukommen in Verbindung mit den eventuell notwendigen Maßnahmen für die Legionellenprophylaxe (Gefährdungsanalysen, bauliche Sanierungsmaßnahmen) sind noch nicht bekannt. Zunächst bleiben die für das Jahr 2013 geplanten Legionellenuntersuchungen und deren Ergebnisse abzuwarten.

Herr Klein ergänzt, dass die Sanierungen gesetzlich gefordert sind und die Stadt keinen Spielraum hat. Bis jetzt wurden Sanierungsmaßnahmen aus dem Haushaltsansatz der allgemeinen Bauunterhaltung finanziert. Dieser wird jedoch bei größeren Sanierungsmaßnahmen der Trinkwasseranlagen für

andere Reparaturen nicht ausreichend sein. Deshalb schlägt die Verwaltung für die Legionellenprophylaxe einen vorsorglichen, zusätzlichen Haushaltsansatz für die Jahre 2014 und 2015 vor.

Ratsherr Jürgens hält eine Vermeidung der Zirkulationsleitung mit Minidurchlauferhitzern für sinnvoll. Herr Klein berichtet, dass sich dies nicht bewährt habe. Problem sei der Strom. Die vom Gesetzgeber geforderte Prophylaxe habe ihre Vorteile. Zudem versuche die Verwaltung, die Anzahl der Wasserentnahmestellen zu reduzieren.

7 Integriertes Klimaschutzkonzept der Stadt Meerbusch

a) Vorstellung der Klimaschutzmanagerin

b) Planung der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen

- Bericht der Verwaltung -

Der Vorsitzende begrüßt die neue Klimaschutzmanagerin der Stadtverwaltung, Frau Johanna Smaczny im Namen des Bau- und Umweltausschusses und wünscht ihr viel Erfolg.

a)

Frau Smaczny, stellt sich persönlich und ihre bisherigen beruflichen Erfahrungen vor. Sie hat Geoökologie studiert und zunächst mehrere Jahre in der Forschung zur CO₂ – Speicherung an der RWTH Aachen gearbeitet; anschließend beim TÜV Rheinland in Köln als Sachverständige der Ökobilanzierung.

b)

Frau Smaczny berichtet im Rahmen einer Präsentation über die Planung der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen.

Sachkundiger Bürger Mocka hält es für positiv, wenn mehr Menschen das Fahrrad nicht nur in der Freizeit, sondern auch auf dem Weg zur Arbeit benutzen würden. Hierfür sollten die Ortsteile von Meerbusch besser mit Fahrradwegen vernetzt und Gewerbegebiete z. B. mit Fahrradparkplätzen ausgestattet werden.

Sachkundiger Bürger Welsch bittet um Auskunft, warum im Klimabeirat zwar Banken aber nicht die Umweltverbände vertreten sein sollen. Herr Bechert erklärt, dass in der letzten Sitzung des Klimabeirates über das Thema diskutiert wurde und der Klimabeirat folgendes beschlossen hat: „Aufgrund der Vielzahl der unterschiedlichen Fachthemen soll die regelmäßige Teilnahme externer Akteure an den Sitzungen des Klimabeirates nicht erfolgen. Sie werden jedoch bereits im Vorfeld auf der Arbeitsebene themenbezogen eingebunden und als Experten zur Sitzung eingeladen“.

Die Protokolle über die Sitzungen des Klimabeirates sind im Internet auf der Homepage der Stadt unter Umwelt & Gesundheit.../ Umwelt und Ordnung / Klimaschutzkonzept veröffentlicht.

Herr Bechert teilt mit, dass im Klimaschutzkonzept der Stadt Meerbusch die Benennung eines Fahrradbeauftragten vorgesehen war. Dieser soll als Scharnier zwischen den Bürgern, der Stadt und den Verbänden fungieren und dem Thema ein wieder erkennbares Profil geben. Der frühere Leiter des damaligen Tiefbauamtes und Geschäftsführer der WBM, Herr Manfred Weigand, wurde für diese ehrenamtliche Aufgabe durch den Klimabeirat vorgeschlagen.

Ratsherr Bertholdt stuft die Verbesserung der interkommunalen Radwegeverbindungen und der Fahrradabstellplätze als sinnvoll ein. Hürden sollten abgebaut bzw. das Gesamtziel -Verbesserung der Fahrradsituation in Meerbusch- verfolgt werden.

Herr Bechert bestätigt, dass diese Hinweise bereits angesprochen wurden. Alle Aspekte sind zusammen in ein noch zu erstellendes Fahrradkonzept zu führen.
Das Konzept wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorgestellt.

Anmerkung der Schriftführerin: Die Präsentation der Klimaschutzmanagerin ist als Anlage beigefügt.

8 Umplanung Dorfstraße - Bericht der Verwaltung -

Herr Deußen präsentiert Vorplanungen zur Umgestaltung der Dorfstraße, die verwaltungsseitig auf Grundlage des Beschlusses des Bau- und Umweltausschusses am 25.09.2012 erarbeitet wurden. Er stellt eine Verschwenkung der Theodor-Hellmich-Straße vor, die geeignet wäre, um die versetzt im Kreuzungsbereich angeordneten Einmündungen mit der Straße „Am Pfarrgarten“ und der Theodor-Hellmich-Straße neu zu ordnen. In diesem Zusammenhang wird auf die Notwendigkeit verwiesen, den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 257 zu ändern, der hier Bebauung festsetzt. Zwischen der Moerser Straße und der Theodor-Hellmich-Straße könnte auf beiden Seiten ein Radfahrstreifen angelegt werden, was jedoch mit einer Reduzierung der jetzigen großzügigen Gehwegbreite vor den Geschäften auf das Untermaß von bis zu 2,0 m einhergehen müsste. Der Neubau von Querungshilfen und Bushaltestellen wäre erforderlich. Obwohl die Planung sich an der weitgehenden Erhaltung des Bestandes orientiert hat, ist der Entfall einzelner Straßenbäume erforderlich. Zunächst sind die Planungen mit dem Landesbetrieb Straßen NRW abzustimmen und Kostenschätzungen vorzunehmen. Es ist beabsichtigt, dem Bau- und Umweltausschuss voraussichtlich in der Sitzung am 18. September 2013 die weiteren Ergebnisse vorzustellen.

Zunächst sollte die generelle Meinung der Politik zur Umsetzbarkeit bzw. weiteren Ausarbeitung der einzelnen Maßnahmen abgeklärt werden. Die Verwaltung bietet an, die vorgestellten Planunterlagen und die Präsentation den Fraktionen zur weiteren Beratung zu übermitteln.

Herr Deußen beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Hinsichtlich der Frage des Sachkundigen Bürgers Brauer, ob die Möglichkeit eines Kreisverkehrs an der Ecke Dorfstraße/Theodor-Hellmich-Straße geprüft wurde, verweist Herr Deußen auf den geringen hierfür zur Verfügung stehenden Straßenraum. Des Weiteren könnte eine solche Lösung nur zu Lasten der Nebenanlagen und damit der schwächeren Verkehrsteilnehmer gehen. Ebenso sieht er u. a. Akzeptanzprobleme der Verkehrsteilnehmer bezüglich durchfahrender Busse, die einen Minikreisverkehr nicht bestimmungsgemäß befahren können.

Auf Fragen u. a. von Ratsherrn Damblon zu einer Änderung der verkehrlichen Situation der Büdericher Allee, um den Verkehrsabfluss zu verbessern, erwidert Herr Deußen, dass dieses mit verkehrrechtlichen Mitteln (Wegfall bzw. Änderung der Beschilderung) umsetzbar wäre. Dies sei eine Frage, die im politischen Raum mit einem entsprechenden Antrag zu klären wäre. Herr Deußen erinnert daran, dass im Rahmen der für 2014 / 2015 avisierten Grundsanie rung der Straße „Büdericher Allee“ alle Optionen hinsichtlich einer baulichen Verkehrsberuhigung offen stehen. Auch hier wäre der rechtskräftige Bebauungsplan 257 ggf. zu ändern. Dieser sieht für ein Teilstück der „Büdericher Allee“ eine Verkehrsführung über eine Fahrgasse des Parkplatzes vor.

Der Vorschlag von Ratsherrn Meffert, die vorgestellten Planungen zunächst zeitnah in den Fraktionen zu beraten, wird von den Ausschussmitgliedern begrüßt.

Anmerkung der Schriftführerin: Als Anlage ist die Präsentation von Herrn Deußen beigefügt.

9 Anträge

Anträge wurden nicht gestellt.

10 Anfragen

10.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 18.03.2013 bez. Gefährdungspotential von Aluminium

Frau Frey verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage, die sie kurz erläutert.

Der Vorsitzende bemerkt, dass im Internet auf der Seite der WBM für den Ortsteil Büberich keine Aluminiumwerte im Trinkwasser genannt werden.

Frau Frey wird dies überprüfen.

*Anmerkung der Schriftführerin: Als Anlage ist die Beantwortung der Anfrage beigefügt.
Zu den Aluminiumwerten im Trinkwasser von Büberich teilt die Verwaltung folgendes mit:
Die Bübericher Aluminiumwerte sind auf der Internetseite der WBM zusammen mit den Werten der Gemeinden Strümp, Lank-Latum, Langst-Kierst, Ilverich, Bösinghoven und Nierst erfasst unter der Trinkwasseranalyse des Wasserwerkes Lank.*

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

12 Termin der nächsten Sitzung: 05. Juni 2013

Die nächste Sitzung des Bau- und Umweltausschusses findet laut Langzeitplan am Mittwoch, den 05. Juni 2013 statt.

13 Verschiedenes

13.1 Austrocknen des Latumer Bruchs

Sachkundiger Bürger Welsch bezieht sich auf einen Artikel in der Westdeutschen Zeitung am 04.05.2013, wonach der Latumer Bruck austrockne, da eine Betonschwelle weggerissen worden sei.

Herr Unzeitig berichtet über Gespräche mit der Stadt Krefeld, da das Wasser aus Meerbusch nicht abfließen könne und Krefeld die Vorflut wieder herrichten sollte. Die Erlaubnis für die Betonschwelle wurde von der Krefelder Wasserbehörde zurück genommen. Ein weiteres Problem seien die Höhen der Gewässersohlen auf Krefelder Gebiet, sodass das Wasser aus Meerbusch kaum nach Krefeld abfließen kann.

13.2 Wirtschaftswegebaukommission

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, die Wirtschaftswegebaukommission nach den Sommerferien 2013 einzuberufen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		
FDP	1		3
SPD	3		
Bündnis 90/Die Grünen	2		
UWG	1		
Gesamt:	14		3

Ratsherr Hoppe erinnert daran, dass von den im Jahre 2009 von der Wirtschaftswegebaukommission beschlossenen Maßnahmen schon viele umgesetzt wurden und stellt den Antrag, erneut eine Bereisung der Wirtschaftswege durchzuführen.

Herr Trapp trägt vor, dass noch nicht alle beschlossenen Maßnahmen komplett durchgeführt werden konnten und insofern im eigentlichen Sinne derzeit keine Notwendigkeit einer neuerlichen Bereisung besteht. Die noch anstehenden Maßnahmen sind bis 2016 priorisiert und in die Haushaltsplanung aufgenommen. Die Bereisung könnte bei einem entsprechenden Auftrag nach der Kommunalwahl im Mai 2014 und vor den Sommerferien im Jahre 2014 nachgeholt werden, um den neuen Rat nicht durch heutige Beschlüsse für kommende Jahre zu binden.

Nach weiterer Diskussion wird der Beschluss gefasst.

13.3 Einsatz der Bankettfräse

Ratsherr Hoppe bittet um Information, wie viele Kilometer die Bankettfräse in 2011 und 2012 geleistet hat.

13.4 Pflege der Bürgerwäldchen

Ratsherr Jürgens stellte fest, dass die Obstbäume in den Bürgerwäldchen besser gepflegt werden müssten und bittet, über eine Erhöhung des Spendenbeitrages nachzudenken, damit die Pflege sichergestellt werden kann. In der weiteren Diskussion werden Unterstützung durch den Umweltförderverein, VHS-Kurse zum Baumschneiden u. ä. erörtert.

Herr Betsch berichtet, dass der Servicebereich 11 im Rahmen seiner Möglichkeiten die Pflege durchführt.

Der Vorsitzende bittet die Verwaltung um Vorschläge.

13.5 Durchführung des Saubertages

Der Vorsitzende spricht die Durchführung des Saubertages an.

Frau Frey berichtet über Treffen in den Ortsteilen mit den Teilnehmern vor dem Saubertag. Die Teilnehmer wollten in ihren eigenen Ortsteilen bleiben. Die Resonanz und die Abfallmengen haben sich verringert. Die Organisation wird insofern überdacht, dass die Durchführung in Zukunft flexibler gestaltet werden soll. Die Teilnehmer sollen weitgehend selber bestimmen. Die Stadt wird unterstützend tätig bleiben. Der Servicebereich 11 wird die Abfälle einen Tag nach dem Saubertag abholen.

Meerbusch, den 22. Mai 2013

Thomas Gabernig
Ausschussvorsitzender

Gabriele Parschau
Schriftführer/in